

## Ein historisches Urteil, aber nicht das Ende der Straflosigkeit

Das am 8. Juni gefällte Urteil im Mordfall des Weihbischofs Gerardi wird allgemein als ein wichtiger Schritt im "Kampf gegen die Straflosigkeit" in Guatemala gewertet. Dies stimmt sicher, darf aber nicht als das "Ende der Straflosigkeit" gewertet werden. Der folgende Artikel ist ein Versuch, das Urteil gegen die drei Militärs und Priester Orantes im aktuellen politischen Kontext zu verstehen. Es geht dabei in erster Linie darum, Fragen aufzuwerfen, die auch durch die Verurteilung der vier Angeklagten nicht befriedigend geklärt wurden. Grundlage für den Artikel bildeten verschiedene Artikel aus guatemaltekischen Tageszeitungen sowie eine persönliche Einschätzung des Urteils von Juan Ramón Ruíz, URNG-Vertreter in Europa.

### Der Prozess

Als am vergangenen 23. März die Schlussverhandlung im Fall Gerardi begann, konnte man die BeobachterInnen des Prozesses in drei Gruppen aufteilen: Diejenigen, die 'a priori' von der Schuld der Angeklagten überzeugt waren, diejenigen, die von ihrer Unschuld überzeugt waren und die dritten, die Abwartenden, die hofften, der Prozess würde endlich ein erhellendes Licht auf die brutale Tat werfen. Am Schluss des Prozesses, nach der Urteilsverkündung, bestehen die drei Gruppen immer noch: Die vom einen oder andern Überzeugten und die Zweifelnden.

Auch die von der Staatsanwaltschaft angekündigten "Überraschungen" brachten nicht viel neue Informationen, weder über den Tathergang noch über die Urheberchaft. Im Verlauf der vergangenen zweieinhalb Monate erschienen zwar viele ZeugInnen vor Gericht, doch ohne nennenswerte Neuigkeiten zu den Untersuchungen der Staatsanwaltschaft beizutragen. So fanden denn auch die Anschläge und Drohungen gegen die in den Prozess involvierten RichterInnen und ZeugInnen in den Zeitungen fast mehr Beachtung als der eigentliche Prozessverlauf. Bis das Urteil gesprochen wurde...

### Das Urteil

Das Urteil: Je 30 Jahre Gefängnis für die drei angeklagten Militärs (der frühere Geheimdienstchef, Disrael Lima Estrada, und die beiden ehemaligen Mitglieder der Präsidentengarde, Byron Lima Oliva und José Obdulio Villanueva) und 20 Jahre Gefängnis wegen Komplizenschaft für den Priester Mario Orantes. Freispruch für die Haushälterin Gerardis, Margarita López.

Während das sorgfältige Vorgehen des Gerichts, präsiert von José Eduardo Cojulún, im Verlauf der Verhandlung einmütig gelobt wurde, provozierte das Urteil unterschiedliche Reaktionen. Während es die einen als ein Zeichen des Mutes und der Unabhängigkeit der RichterInnen feierten, gibt es auch Stimmen, die sagen, das Urteil sei vorhersehbar gewesen und sei die Reaktion auf den Druck der internationalen Gemeinschaft und auf den momentan starken sozialen Druck.

Von MenschenrechtsaktivistInnen, VertreterInnen der

katholischen Kirche, aber auch von der nationalen und internationalen Presse wurde das Urteil einhellig gelobt: Das Gericht habe einen bedeutenden Präzedenzfall für die Suche nach der Gerechtigkeit in Guatemala geschaffen, sagte beispielsweise die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú. Amnesty International (AI), die den öffentlichen Prozessverlauf zusammen mit anderen Menschenrechtsorganisationen begleitete, bezeichnete die Urteilsverkündung als "Tag der Hoffnung für Guatemala". Trotz den zahlreichen Verzögerungen im Prozessverlauf und den Angriffen, Drohungen und Einschüchterungsversuchen gegen RichterInnen und ZeugInnen zeige dieses Urteil, dass Straflosigkeit nicht die Regel sein müsse. Die Verantwortlichen für Tausende von Menschenrechtsverletzungen müssten zur Verantwortung gezogen werden, schreibt Amnesty International.

Zweifellos ist es ein historisches Urteil. Es ist das erste Mal in der Geschichte Guatemalas, dass ein ehemaliger Geheimdienstchef und zwei ehemalige Mitglieder der Präsidentengarde wegen eines politischen Verbrechens verurteilt wurden, noch dazu von einem zivilen Gericht.

Auch angesichts der aktuellen politischen Lage und der Rolle des Opfers in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit muss die Bedeutung des Urteils hervorgehoben und anerkannt werden: Der Mord wird von den RichterInnen eindeutig als "politisch motiviert" eingestuft und das Gericht gab sich nicht zufrieden mit der blossen Verurteilung dieser vier Personen, sondern ordnete Untersuchungen gegen weitere Militär- und Geheimdienstangehörige an. Das Gericht war sich also bewusst, dass es nur ein paar "Sündenböcke" verurteilen konnte und dass die materiellen Täter sowie die weiteren Drahtzieher noch zu ermitteln sind.

### Präsident Portillo: "Auftrag erfüllt"

Dieses Urteil allein bedeutet bei weitem nicht das Ende der Straflosigkeit in Guatemala. Zu viele Klagen und seit Jahren unaufgeklärte Fälle sind bei den Ge-

richten noch offen. Und auch wenn das Urteil zurecht als ein "Sieg gegen die Straflosigkeit" gefeiert wird, sollte man sich nicht darüber hinwegtäuschen lassen, dass es weder für die Militärführung noch den guatemaltekischen Staat politische Kosten hatte. Entsprechend werden sie sich auch nicht genötigt fühlen, irgendwelche Konsequenzen daraus zu ziehen.

Im Gegenteil, Präsident Portillo verbucht das Urteil auf seinem Konto: Eine der ersten Reaktionen auf die Verurteilung zu 20 bzw. 30 Jahren der vier Angeklagten kam aus dem Präsidentenpalast und lautete so ähnlich wie "Auftrag erfüllt", war es doch eines von Portillos Wahlversprechen gewesen, als Präsident zurückzutreten, falls der Fall nicht innerhalb von sechs Monaten aufgeklärt sei.

Die Frage, was sie unternehmen würden, um die Ermordung des Leiters des REMHI-Projektes aufzuklären, wurde im letzten Wahlkampf allen Kandidaten gestellt. Sowohl Portillo, wie auch Oscar Berger, Alvaro Colom, Acisclo Valladeres Molina und eine ganze Reihe weiterer Präsidentschaftskandidaten versicherten, der Aufklärung dieses Verbrechens erste Priorität einzuräumen. Doch keiner ging soweit wie Portillo, der eine Aufklärung des Falles während seiner Regierungszeit versprach und insofern ist es auch nicht erstaunlich, dass er nun so tut, als wäre es sein ganz persönliches Verdienst.

An diesem selbstherrlichen Verhalten des Präsidenten störten sich viele, unter anderem Eduardo Cojulún Sánchez, einer der drei RichterInnen, die das Urteil aussprachen. Er warf Portillo vor, sich mit fremden Federn zu schmücken. Während einige Personen ihr Leben riskierten und den Drohungen ausgesetzt seien, wolle Portillo unverdienterweise den ersten Preis davontragen.

In einem ganzseitigen Inserat verteidigte das Sekretariat für Kommunikation des Präsidenten seinen Chef: Portillo habe sein Wahlversprechen eingehalten, habe er doch in keiner Weise den Prozess verhindert oder boykottiert. Dies kann man sehen wie man will, denn der zweiseitige Bericht, den der Präsident nach neun Monaten Regierungszeit auf Drängen der Staatsanwaltschaft vorlegte, hat garantiert nichts zur Aufklärung des Mordes beigetragen.

Angesichts seines momentan politisch unsicheren Standes, hat er es dringend nötig, den Boden, auf dem er steht, etwas zu festigen. Und zumindest die internationale Gemein-

schaft gibt sich mit dieser Erklärung zufrieden, womit das Terrain geebnet ist für weitere Kredite und finanzielle Unterstützung aus dem Ausland.

### **Ríos Montt: "Mir ist immer noch unklar, wer Gerardi umgebracht hat"**

Auch Kongresspräsident Ríos Montt muss sich durch das Urteil nicht bedroht fühlen. Die Verurteilung der beiden Limas und Villanuevas schadet wohl eher der alten PAN-Regierung als der jetzigen Hardlinergruppe um Ríos Montt. Dieser war schon seit längerer Zeit mit Oberst Lima verfeindet, obwohl sie ursprünglich die gleiche Ideologie und ähnliche Repressionsmethoden vertreten hatten. Ob das Urteil im Fall Gerardi auch diejenigen RichterInnen zu einem mutigen Urteil bestärkt, die die von elf Gemeinden gegen Ríos Montt eingereichte Anklage behandeln werden, bleibt abzuwarten.

Immerhin hat es Ríos Montt vor einigen Wochen geschafft, politisch gestärkt aus dem Skandal um die Fälschung des Alkoholsteuergesetzes herauszukommen, ein Beweis dafür, dass seine Beziehungen noch funktionieren und seine Macht noch intakt ist.

### **Weiterführung des Prozesses: politisch sinnvoll?**

Die Tatsache allein, dass das Urteil die Tür zu weiteren Ermittlungen öffnet, heisst noch lange nicht, dass tatsächlich Rudy Pozuelos, Eduardo Villagrán, Francisco Escobar Blas und weitere Angehörige der damaligen Präsidentengarde von Alvaro Arzú vor Gericht gestellt werden, so wie es die Staatsanwaltschaft fordert und dass sie eventuell sogar verurteilt werden. Es heisst ebenso wenig, dass die ehemaligen Verteidigungsminister Espinoza und Barrios Celada oder sogar Alvaro Arzú und sein Bruder Antonio vorgeladen werden. Würde dies tatsächlich passieren, könnte man es als einen wirklichen Versuch der guatemaltekischen Justiz bezeichnen, den Kampf gegen die Straflosigkeit aufzunehmen. Viel grösser ist aber leider die Chance, dass nach ein paar Monaten oder Jahren ganz einfach die Ermittlungen eingestellt werden... womit die Straflosigkeit dann juristisch abgesegnet wäre. Einige JuristInnen sind der Meinung, die Höhe der Strafen widerspreche der offensichtlich schlechten Beweislage und fragen sich, ob dies nicht Absicht des Gerichts gewesen sei, um einer eventuellen Berufung

gegen das Urteils zu einer grösseren Chance zu verhelfen.

### **Priester Orantes und die katholische Kirche**

Priester Mario Orantes wurde zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wegen "Mithilfe bei der Planung des Verbrechens" sowie wegen "Nicht-Anzeigen des Verbrechens", womit er die Veränderung des Tatortes zulies und sich zum Komplizen machte.

Einige SpezialistInnen stehen dieser Verurteilung sehr skeptisch gegenüber, da es, wie sie sagen, offensichtlich ist, dass Orantes nicht an der Vorbereitung des Verbrechens beteiligt war.

Innerhalb der katholischen Kirche ist man sich offenbar nicht einig, was man vom Urteil gegen Orantes halten soll. Auf die Frage, was die Verurteilung Orantes' für die katholische Kirche bedeute, wollte Bischof Mario Ríos Montt, der Koordinator des erzbischöflichen Menschenrechtsbüros (ODHA) und Bruder von General Efraín Ríos Montt, keine Antwort geben. Unmittelbar nach der Urteilsverkündung zog er noch die Möglichkeit in Betracht, dass Orantes sich auch vor einem kirchlichen Gericht zu verantworten hätte.

Erzbischof Próspero Penados de Barrios widersprach jedoch dieser Aussage und erklärte, es gäbe keinen kirchlichen Prozess gegen Mario Orantes. Die katholische Kirche ak-

## **¡Fijáte!**

**Herausgegeben von:**  
**Verein ¡Fijáte!**  
**2502 Biel**  
**PC: 30-516068-6**  
**Redaktion und Abos:**  
**¡Fijáte!**  
**c/o Barbara Müller**  
**Ankerstrasse 16**  
**8004 Zürich**  
**Tel. 01/ 241 44 43**  
**E-Mail:**  
**barbara-m@bluewin.ch**  
**Jahresabo: 100.- Fr.**  
**Auslandabo: 120.- Fr.**  
**Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehntätiglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

zeptiere das Urteil des weltlichen Gerichts. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass die Schuld Orantes noch überhaupt nicht bewiesen sei.

Bis Redaktionsschluss lag noch kein offizielles Kommuniqué der katholischen Kirche vor.

### Einspruch der Verurteilten

Die Anwälte der Verurteilten Militärs und Orantes reichten eine Einsprache gegen das Urteil ein. Ihr Hauptargument sind unter anderem die widersprüchlichen Aussagen des Kronzeugen, Ruben Chanax Sontay, sein. Dieser modifizierte seine Aussage in der Schlussverhandlung dahingehend, dass er jetzt nicht mehr nur ein in der Nähe des Tatortes sich aufhaltender Bettler ist, sondern von den Angeklagten in eine Spionageaktion gegen Gerardi verwickelt wurde und am Tatort selber zugegen war. Nebenbei versuchte er gleich noch den schwächsten Punkt seiner bisherigen Aussagen zu stärken: Er gab in einer früheren Aussage eine Beschreibung von Oberst Lima Estrada ab, die in

keiner Weise der Realität entspricht. Ein Grund für seine widersprüchlichen Aussagen waren sicherlich Drohungen gegen ihn, Tatsache ist aber, dass seine Aussagen umstritten sind, was zu einem späteren Zeitpunkt Wind in den Mühlen der Verteidiger sein könnte.

### Ende gut, alles gut?

Neben dem "Fall Hänggi" (der Drogengeschichte des ehemaligen schweizerischen Geschäftsführers von Nestlé), waren die Ermittlungen rund um den Mordfall Gerardi das Thema, das in den vergangenen Jahren Guatemala dazu verhalf, in den (schweizerischen) Medien präsent zu sein. Bei einer Analyse dieser Artikel kann durchaus gesagt werden, dass das Thema Menschenrechtsverletzungen in Guatemala, der REMHI-Bericht und die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte, Teil dieser Berichterstattung war.

Leider gingen bei all den Lobreden auf die guatemalteckische Justiz hierzulande die kritischen und warnen-

den Stimmen der Menschenrechtsorganisationen meist unter. Von diesen wird nämlich befürchtet, dass die seit einigen Monaten stattfindenden Bedrohungen und Einschüchterungen von MenschenrechtsaktivistInnen und die Überfälle auf deren Büros nach der Urteilssprechung gegen die drei Militärs und Priester Orantes weiter zunehmen. Verschiedene Organisationen hätten Massnahmen zum Schutz ihrer Mitglieder ergriffen, erklärte Miguel Angel Albizures von der Allianz gegen Straflosigkeit (ACI). Nicht zu Unrecht, wie der (zum Glück misslungene) Überfall auf die Amnesty International-Mitarbeiterin Barbara Bocek beweist (siehe Artikel in diesem ¡Fijáte!)

Mit der "Aufklärung" des Mordes an Bischof Gerardi, wird denn wohl Guatemala wieder auf die "letzte Seite" der (schweizerischen) Medien verbannt - es sei denn, es käme zu einer Verhandlung gegen Ríos Montt - oder die richtigen Leute im Fall Gerardi würden doch noch auspacken!

## Entführungsversuch an AI-Mitarbeiterin

**Guatemala, 14. Juni.** Die Befürchtung der Menschenrechtsorganisationen bezüglich vermehrten Drohungen und Attentate gegen ihre Mitglieder, ist nicht unbegründet:

Am 11. Juni wurde die Mitarbeiterin von Amnesty International (AI), Barbara Bocek, beim Verlassen ihres Hotelzimmers niedergeschlagen. Ein Entführungsversuch scheiterte. Nachdem ihre KollegInnen sie vermissten und das Hotelpersonal verständigten, wurde Frau Bocek gefesselt, geknebelt und betäubt auf einem Nebengang des Hotels, der normalerweise nur vom Personal benutzt wird, gefunden. Es wird vermutet, dass die Entführung misslang, weil auch dieser Nebenausgang über ein gut funktionierendes Sicherheitssystem verfügt.

Die Nordamerikanerin Barbara Bocek besuchte Guatemala zusammen mit weiteren drei MitarbeiterInnen von AI. Unter anderem nahmen sie an den Schlussverhandlungen im Fall Gerardi teil und trafen sich mit VertreterInnen der Gemeinden, die vor einigen Wochen eine Klage gegen Ríos Montt eingereicht hatten. AI reichte wegen des Vorfalles eine Klage bei der guatemalteckischen Staatsanwaltschaft ein und informierte MINUGUA über den Vorfall. Inwieweit sich die nordamerikanische Botschaft an den Untersu-

chungen beteiligen wird, ist nicht klar.

Die Vermutung liegt nahe, dass der Überfall auf Barbara Bocek einen unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer Arbeit als Menschenrechtsaktivistin hat. "Diese Tat ist ein Beispiel mehr, dass in Guatemala ein Rückschritt in Sachen Menschenrechte stattfindet. Die internationale Gemeinschaft muss dies unbedingt zur Kenntnis nehmen", insistierte Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM).

Dass hinter solchen Einschüchterungsversuchen und Drohungen diejenigen Mächte und Personen stecken, die auch für die Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit verantwortlich sind, beweist Innenminister Byron Barrientos mit seinem Kommentar zum Überfall auf Bocek.

"Dieser Überfall hat gar nie stattgefunden. Ihr Verschwinden wurde um 23.50 Uhr festgestellt und sie wurde um 0.30 Uhr gefunden. Wie ist es möglich, dass sie in dieser Zeit nicht um Hilfe gerufen hat?" provozierte Barrientos. Ausserdem seien die Sicherheitsvorkehrungen in diesem Hotel so gut, dass es unmöglich sei, dass jemand bis in den sechsten Stock vordringen könne, ohne vom Personal gesehen zu werden. Seiner Meinung nach sei das alles eine Show, es sei

doch eigenartig, dass dies präzise in dem Moment geschehe, wo Präsident Portillo endlich einen Besuch im weissen Haus zugesichert bekommen habe, zweifelte Barrientos weiter.

Das Verhalten Barrientos scheint eine persönliche Abrechnung mit Amnesty International zu sein. Barrientos ist als ehemaliger Mayor in der unterdessen aufgelösten Militärpolizei (PMA) verantwortlich für die Verfolgung von sog. 'Oppositionellen'. Amnesty International hingegen war eine der ersten Organisationen, die in dieser Zeit die Folterung, Ermordung und das Verschwindenlassen unzähliger Oppositioneller öffentlich machte. AI benannte den Völkermord sehr früh als solchen und unterstützte viele Flüchtlinge auf ihrem Weg ins mexikanische Exil. Von der Regierung wurde die Organisation als Verbündete der Guerilla gesehen.

In einer Presseerklärung bestätigte AI ihr Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte in Guatemala. "So wie unsere KollegInnen in Guatemala sich von solchen Drohungen nicht von ihrem Kampf abhalten lassen, werden auch wir weitermachen, in Guatemala und überall auf der Welt, wo Menschenrechte verletzt werden", hiess es in der Erklärung von Amnesty International.

## Minister Luis Rabbé abgesetzt

**Guatemala, 16. Juni.** Die zunehmenden Korruptionsvorwürfe an Behörden und Regierungsstellen bestätigten sich am 11. Juni, als die staatliche Rechnungsprüfungskommission (CGCN) ihre Untersuchung über die Verwendung des Budget 2000 veröffentlichte.

In zwölf Ministerien wurden für das Jahr 2000 finanzielle Unregelmässigkeiten festgestellt. Das Verteidigungsministerium und das Aussenministerium fungieren am untersten Rand der Liste. Zuoberst, das heisst, mit am meisten Unregelmässigkeiten, steht das Ministerium für Kommunikationswesen, Infrastruktur und Wohnungsbau (MICIVI), geleitet von Präsident Portillos Schwager, Luis Armando Rabbé. Zu den am meisten festgestellten Unregelmässigkeiten gehören undokumentierte "Spenden", überrassene Ausgaben und Verletzung des Gesetzes über staatliche Auftragsvergabe. Ein weiteres, oft angewendetes Vergehen betrifft den Paragraphen 0-29 des Anstellungsgesetzes, der erlaubt, für kurzfristige Mandate beliebig viel Personal einzustellen. Was ist einfacher, als über diesen Paragraphen seinen Familienangehörigen und "guten FreundInnen" einen gut bezahlten Job bei der Regierung zu verschaffen?

Dass ausgerechnet im MICIVI am meisten Unregelmässigkeiten ausgewiesen werden, ist nicht weiter erstaunlich. Die Korruptionsvorwürfe gegen dieses Ministerium begangen bereits letztes Jahr, als eine Brücke über den Villalobos-Fluss mangels Unterhalt zusammenbrach und bekannt wurde, dass das MICIVI über die Gefahr informiert war und nichts unternahm. Später wurde bekannt, dass hohe Summen an Schmiergelder bezahlt werden, um an Aufträge des MICIVI zu kommen.

Anfang dieses Jahres begann dann die Presse zu recherchieren. Bewiesen wurde die Existenz von unzähligen, erst vor kurzem gegründeten, kleinen Unternehmen, die Millionenbeträge abkassierten für Aufträge, die sie angeblich für das MICIVI ausführten. Darauf begann eine Schlammschlacht zwischen den Medien und dem Leiter des MICIVI, Luis Rabbé, die in einem Überfall auf die Tageszeitung *el Periódico* gipfelten, an dem Mitarbeiter des besagten Ministeriums teilnahmen. Bereits damals wurde die Absetzung Rabbé's gefordert, doch Portillo gab seinem Schwager die nötige Rückendeckung.

Erst der Bericht der Rechnungsprüfungskommission reichte, um Rabbé vom Sessel zu kippen. Die Tatsache, dass der Bericht zwar Ende Mai dem Kongress überreicht wurde, der Presse jedoch während zwei Wochen vorenthalten blieb, gab Anlass zu Spekulationen darüber, dass er vom Kongress 'frisirt' wurde, bevor er an die Öffentlichkeit übergeben worden war.

Während dieser Woche des Wartens kursierten bereits Gerüchte darüber, dass Rabbé zurücktreten werde. Am Dienstag, 5. Juni nahm Rabbé in den Studios der Fernsehkanäle 3 und 7 eine Art 'Abschiedsrede' auf, die dann ab Mittwoch ausgestrahlt wurde. Darin gab er einige Fehler zu, die er begangen hat, sprach aber die meiste Zeit von den Erfolgen des MICIVI unter seiner Leitung. Eine Woche später wurde dann sein Rücktritt "aus persönlichen Gründen" offiziell. Mit ihm traten seine drei unmittelbar Untergebenen zurück.

Am selben Tag wurde Alvaro Enrique Heredia Silva zum neuen Minister ernannt. Heredia Silva hatte dieses Amt bereits unter der Administra-

tion des Ex-Präsidenten Jorge Serrano Elías (1991-94) inne. Er war Gründungsmitglied der PAN im Jahre 1990 und übernahm interimistisch das Bürgermeisteramt der Hauptstadt, als der damalige Bürgermeister Alvaro Arzú seine Präsidentschaftskandidatur einreichte.

Heredia Silvas Ernennung als neuer Minister für Kommunikationswesen, Infrastruktur und Wohnungsbau löste allgemeines Erstaunen aus. Er wurde nie als einer der möglichen Nachfolger von Rabbé gehandelt, er gehört nicht einmal zum engeren Freundeskreis Portillos.

Das neuste Gerücht ist nun, dass Rabbé zusammen mit Leonel López Rodas, den Generalsekretär der PAN, für die nächste Präsidentschaftswahl kandidieren wolle und dass sein Rücktritt Teil eines Deals mit der Regierung Portillo sei: Rabbé tritt zurück, López Rodas hält sich in seiner Kritik an der FRG-Regierung zurück und dafür stellt die PAN den neuen MICIVI-Minister. Denn, welches Ministerium ist besser geeignet, eine Wahlkampagne zu finanzieren...?

## Die Rolle des Rechnungsprüfers

**Guatemala, 16. Juni.** Die Rechnungsprüfungskommission (CGCN) hat die Aufgabe, den korrekten Gebrauch der öffentlichen Finanzen zu kontrollieren. Eingeführt wurde diese Kommission unter der Regierung von Carlos Castillo Armas (1954 - 1957), doch während allen Regierungen der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, mit Ausnahme der letzten beiden, beschränkte sich die CGCN auf ihre formale Existenz. So existieren denn häufig auch keine Daten über die staatlichen Finanzressourcen und deren Gebrauch und es wurden nie juristische Schritte wegen Korruption gegen einzelne Minister eingeleitet. Zu dieser Zeit wurde der Rechnungsprüfer vom Präsidenten ernannt.

Mit der Absetzung Jorge Serrano Elías Ende Mai 1993 wurde diese Praxis geändert und von da an wurde der Rechnungsprüfer vom Kongress gewählt. Das kann als Fortschritt bewertet werden, ändert aber faktisch nichts, solange die Regierungspartei die Mehrheit des Kongresses besetzt.

Erst unter der Leitung des letzten Rechnungsprüfers, Luis Arturo Aguilar Solares und dem aktuellen, Marco Tulio Abadío Molina, nahm die

CGCN ihre heutige Form an. Sie haben es geschafft, dass der CGCN ein gewisser Respekt gezollt wird und dass die Korruption auf Ministeriumsebene und die mangelnde Transparenz im Umgang mit öffentlichen Geldern ins Bewusstsein der Bevölkerung gedrungen ist. Die heutige Position der Rechnungsprüfungskommission ist sicher ein Spielraum, der sich durch den Demokratisierungsprozesses geöffnet hat.

In diesem Rahmen muss auch der jüngste Bericht der Rechnungsprüfungskommission über das Jahr 2000 gesehen werden. Inwieweit er juristische Folgen haben wird für die verantwortlichen Minister, hängt nun von der Staatsanwaltschaft ab. Findet jetzt nicht eine enge Zusammenarbeit zwischen Abadío Molina und der Staatsanwaltschaft statt, bleibt es einmal mehr bei leeren Worten. Die grosse Schwierigkeit wird sein, stichhaltige Beweise vorzulegen. Fälle von Korruption auf Regierungsebene sind ja seit langem ein Thema, doch bisher konnte weder die Rechnungsprüfungskommission noch die Staatsanwaltschaft Erfolge bei der Bekämpfung dieses Übels vorweisen.

## Massenflucht aus Hochsicherheitsgefängnis

**Guatemala, 22. Juni.** Bewaffnet mit Maschinengewehren und Handgranaten, sind am Sonntag, 17. Juni, 78 Gefangene aus dem Hochsicherheitsgefängnis "Canada" in Escuintla, auch bekannt unter dem Namen "Die Hölle", ausgebrochen. Die Geflohenen werden als "sehr gefährlich" eingestuft, unter ihnen befinden sich Mörder, Bankräuber und Mitglieder verschiedener Entführungsbanden. 13 von ihnen sind zum Tode verurteilt.

Einmal aus dem Gefängnis heraus, stoppten die Ausbrecher einen Passagierbus und zwangen den Fahrer, ihnen das Steuer zu überlassen. Weitere Gefangene flohen mit anderen Fahrzeugen oder zu Fuss. Die Polizei, unterstützt vom Militär, startete sofort eine Verfolgungsjagd zu Land und zu Luft, die vom Innenminister Byron Barrientos persönlich geleitet wurde. Bisher wurden 25 der geflohenen Häftlinge wieder eingefangen, zwei kamen auf der Flucht ums Leben.

Barrientos gab die Schuld an der Massenflucht den Gefängniswärtern. Die Fliehenden mussten 8 Tore passieren und insgesamt 24 Schlösser öffnen - keines davon war beschädigt. Ausserdem griffen die Wärter nicht zu den Waffen, um die Flucht zu verhindern. Eine Polizistin und ein Wärter, die von den Häftlingen getötet wurden, sowie ein Häftling kamen um.

17 Gefängniswärter sowie die Direktoren des Gefängnisses wurden umgehend verhaftet. Der Direktor der "Hölle", stand bis vor kurzem einem Gefängnis in der Hauptstadt vor, aus dem im Januar zehn Häftlinge ausbrachen. Einer der Häftlinge versicherte, dass das Gefängnispersonal und der Gefängnisdirektor von den Gefangenen mit einer Million US-\$ bestochen worden waren.

Die Massenflucht wurde vielerseits als Zeichen der Unfähigkeit seitens der Regierung gewertet, den BürgerInnen Sicherheit zu garantieren. Auch die verbreitete Korruption im Strafwesen wurde kritisiert und der Rücktritt von Innenminister Barrientos gefordert. Als möglicher Nachfolger Barrientos wird der Anwalt und ehemalige Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Fernando Linares Beltranena gehandelt.

MINUGUA bezeichnete die Massenflucht als einen Rückschritt im Kampf gegen die Straflosigkeit. Die Staatsanwältin Berta Julia Morales zeigte sich frustriert darüber, dass es so schwierig war, die Delinquenten zu verurteilen und dass es ihnen so einfach gemacht wird, wieder aus dem Gefängnis auszubrechen. Der Oberste Gerichtshof (CSJ) gab bekannt, dass der Schutz derjenigen Rich-

terInnen, die für die Verurteilung der geflüchteten Gefangenen verantwortlich waren, erhöht werde, da Racheakte befürchtet werden.

Der Schrecken der Bevölkerung über die Massenflucht aus dem Gefängnis "Canada" ist noch präsent und schon doppelt die Regierung nach: Präsident Portillo rief am Montag, 18. Juni einen landesweiten Alarmzustand aus. Dieser wurde am 20. Juni vom Kongress bestätigt und soll 30 Tage dauern. Solange der Alarmzustand herrscht, werden die Artikel 6, 9 und 26 der guatemaltekischen Verfassung ausser Kraft gesetzt. Dies bedeutet, dass die staatlichen Sicherheitskräfte Personen verhaften und verhören können, die ihnen "auffällig" erscheinen, ohne dass sie einen richterlichen Haftbefehl brauchen. Ausserdem ist die Bewegungsfreiheit eingeschränkt, das heisst, die Sicherheitskräfte können Ausgangssperren verhängen oder den BürgerInnen den Zugang in gewisse Zonen verbieten.

VertreterInnen von Menschenrechts- und Indígenaorganisationen reichten eine Verfassungswidrigkeitsklage ein. Drei elementare Menschenrechte würden mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes verletzt, begründen sie ihre Klage. Das Zentrum für die Verteidigung der Verfassung (CEDECON) bezeichnete die Ausserkraftsetzung dieser drei Artikel als verfassungswidrig. Sie dürften laut Verfassung nur suspendiert werden, wenn eine Invasion von aus-

sen drohe, oder der Frieden oder die innere Sicherheit gefährdet seien.

Die Frage ist durchaus berechtigt, ob dies die einzige, bzw. richtige Massnahme ist, um die geflohenen Häftlinge wieder einzufangen. Es wurde verschiedentlich auf die Gefahr hingewiesen, dass die Regierung den Alarmzustand ausnutze, um in diesem Klima der allgemeinen Unsicherheit und Panik ihre eigenen Interessen durchzusetzen, beispielsweise die erneut aufs Tapet gebrachte Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Mindestens der Polizei kommt der Alarmzustand entgegen. So löste sie eine Demonstration von 500 Personen gewaltsam auf, mit der Begründung, "Zusammenrottung" sei unter dem Alarmzustand nicht erlaubt. Es handelte dabei um eine friedliche Demonstration von Menschen, die entlang der Bahngeleise der Pazifikstrecke wohnen und von der Räumung bedroht werden, obwohl sie letztes Jahr von Präsident Portillo die Zusicherung bekamen, dass sie bleiben könnten.

Und während die nordamerikanische Botschaft ihren Landsleuten Verhaltensregeln für den Alarmzustand zukommen lässt, lanciert das guatemaltekische Militär eine Grossoffensive an der Südküste, um die geflohenen Ausbrecher einzufangen. An der Offensive nehmen sowohl die 'normalen' Armeeeinheiten teil, wie auch die Spezialtruppe Kaibiles sowie Polizeieinheiten jeglicher Schärfe.

## Portillo ruft zur Versöhnung auf

**Guatemala, 21. Juni.** Der Schock über die Massenflucht der Gefangenen aus dem Gefängnis "Canada" hat offenbar auch bei Präsident Portillo Spuren hinterlassen. Während einer Arbeitsreise nach Chimente, Totonicapán, änderte er seinen bekannten aggressiven Ton bei Ansprachen und rief zur nationalen Versöhnung auf. Er gab zu, selber einen Konfrontationskurs gefahren zu haben. Es sei falsch gewesen, sich mit den verschiedenen sozialen Sektoren zu zerstreiten, es sei schädlich gewesen fürs ganze Land und die Konsequenzen davon hätten die Falschen zu tragen. "Während ich meine konfrontativen Reden vorbereitet habe, bereiteten die Häftlinge ihren Ausbruch vor und verbreiten noch mehr Unsicherheit im Land". Zum ersten Mal in seiner Amtszeit dankte Portillo der Presse für die Zusammenarbeit im Fall der Massenflucht. "Ich rufe das ganze Volk von Guatemala zur Versöhnung auf. Es gehe nicht um den ein-

zelnen Menschen, sondern ums ganze Volk", appellierte Portillo an die Bevölkerung in Totonicapán.

Die Ausrufung des Alarmzustandes bezeichnete Portillo als eine drastische, aber notwendige Massnahme. "Ich bitte die Bevölkerung um Geduld. Wir arbeiten hart an der Verhaftung der Geflohenen. Wir brauchen die Unterstützung des Volkes und müssen mit vereinten Kräften gegen die Gewalt und Delinquenz kämpfen", predigte der Präsident.

Man darf nicht vergessen, dass Portillo Spezialist darin ist, den Leuten das zu erzählen, was sie hören wollen. Und mit einer zwanzigminütigen Rede täuscht er niemanden über die Intoleranz, Improvisation und mangelnde Positionierung hinweg, durch die sich seine Regierung in den vergangenen 17 Monaten ausgezeichnet hat. Falls er es wirklich ernst meint mit seinem Meinungsumschwung, müssen nun seinen Worten auch Taten folgen!

## EU-Parlament fordert Untersuchung des Völkermordes

**Luxemburg, 14. Juni.** Das Europaparlament verabschiedete eine Resolution über die Menschenrechtslage in Guatemala. Darin werden die Angriffe gegen MenschenrechtsaktivistInnen, RichterInnen, JournalistInnen und PolitikerInnen verurteilt. "Diese Aggressionen erschweren das friedliche Zusammenleben und gefährden den Rechtsstaat, der die Basis bildet im Versöhnungsprozess der guatemaltekischen Gesellschaft", heisst es in der Resoluti-

on. Der guatemaltekische Staat wird aufgefordert, die notwendigen Mechanismen zu entwickeln, um die potentiellen Opfer solcher Übergriffe zu schützen und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen und so die latente Straflosigkeit zu beenden.

Weiter wird Präsident Portillo an seine Antrittsrede erinnert, in der er die Umsetzung der Friedensabkommen und der Empfehlungen der Wahrheitskommission (CEH) versprach.

Das Europaparlament unterstützt in seiner Resolution die Klage, die elf Gemeinden gegen Ríos Montt und weitere Angehörige seiner ehemaligen Regierung eingereicht haben. Die europäischen Staaten werden aufgefordert, solche Klagen zu unterstützen und der guatemaltekischen Regierung zu helfen, die ZeugInnen, AnwältInnen und RichterInnen sowie die Menschenrechtsorganisationen, die in diese Prozesse involviert sind, zu schützen.

## Dollarisierung ein Misserfolg

**Guatemala, 18. Juni.** Rund 50 Tage nach der Einführung des neuen Devisengesetzes hat noch kein "Wechsel-Boom" stattgefunden, wie das einige WirtschaftsexpertInnen angekündigt haben.

"Es ist nichts geschehen. In den ersten zwei Maiwochen wurden bei uns 183 neue Dollarkonten eröffnet, im Vergleich zu über 5000 Quetzalkonten", gab Eduardo González, Präsident der *Banco del Café* bekannt.

Insgesamt wurden laut Daten der guatemaltekischen Nationalbank bis zum 12. Juni rund 46 Millionen US-\$ in neueröffnete Dollarkonten deponiert.

Gründe für das mangelnde Interesse an der nun legalen Möglichkeit, ein Dollarkonto zu eröffnen, gibt es verschiedene: Einerseits haben diejenigen Leute, die es sich leisten konnten, schon vor einigen Jahren, als der Wechselkurs sehr instabil war, ein Dollarkonto eröffnet. Zum andern

sind die Zinssätze auf Dollarkonten relativ niedrig. Ausserdem gibt es einen gesetzlichen Bremsklotz: Die Banken dürfen nicht mehr als 20% ihres Kapitals in US-\$ besitzen und können so nicht grenzenlos Dollarkonten eröffnen.

Nichtsdestotrotz wird die Dollarisierung von den Bänklern als Erfolg gelobt, man dürfe doch nicht hinter den Nachbarländern El Salvador und Honduras zurückstehen...

## "Zwillingsbanken" vor dem Aus

**Guatemala, 17. Juni.** Der Skandal um die unter Aufsicht gestellten "Zwillingsbanken" *Promotor* und *Metropolitano*, beide im Besitz von Francisco Alvarado McDonald, nimmt kein Ende. Am 28. Mai stellte die höchste Bankenkommission (SIB) den beiden Banken ein Ultimatum, um Rechenschaft über ihre finanzielle Situation abzulegen. Ebenso wird von ihnen ein Vorschlag erwartet, wie sie der guatemaltekischen Bank die Darlehen zurückzuzahlen gedenken, die diese in den letzten Monaten in die beiden Banken gesteckt hat. Als Stichtag für das Ultimatum wurde der 5. Juni gesetzt. Schaffen sie es nicht, einen akzeptablen Vorschlag zu unterbreiten, kann die Bankenkommission ihren Konkurs ausrufen.

Alvarado McDonald holte postwendend zum Gegenschlag aus. Auf einer Pressekonferenz beschuldigten seine Anwälte die Bankenkommission einer politischen Attacke gegen den Bankier und warfen ihr vor, schuld am finanziellen Desaster der beiden Banken zu sein. Als vor vier Jahren die Finanzkrise im Land ausgebrochen sei, hätten alle Banken Probleme gehabt und die Nationalbank habe Darlehen vergeben, um sie vor dem Kon-

kurs zu retten. Im Falle der Banken Alvarados seien dafür Zinsen in der Höhe von 157.5% verlangt worden, viel mehr, als bei anderen Banken.

Weiter beschuldigte Alvarado die Aufsichtscommission, die seine Banken untersucht, sich wie Liquidatoren zu verhalten. Seit die Bank unter Aufsicht stehe, ginge es ihr viel schlechter, die Kommission würde den KundInnen davon abraten, neue Konten zu eröffnen und würde ihnen empfehlen, ihr Geld bei anderen Banken anzulegen. Ausserdem manipulierte die Aufsichtscommission die Buchhaltungsabschlüsse und gebe der Presse falsche Informationen weiter, um den Ruf der Banken zu schädigen. Die Mitglieder der Kommission würden sich Gehälter bis zu 77'000 Quetzales (ca. 10'000 US-\$) auszahlen.

Das Ultimatum verstrich, ohne dass die beiden Banken einen Finanzierungsplan zur Rückzahlung ihrer Schuld vorlegten. Am 7. Juni verlangte der Generalprokurator der Nation, Carlos García Regas, von der Staatsanwaltschaft, Haftbefehle gegen die Aktionäre der beiden Banken auszustellen. Die Anklage lautet auf Betrug.

Während Alvarado versucht, in Guatemala mit juristischen Tricks sei-

nen Untergang hinauszuzögern, droht dem Freund Präsident Portillos in den Vereinigten Staaten ein weiterer Prozess wegen Betrug, den der kalifornische Staat anstrebt. In der Anklage heisst es, Alvarado habe gelogen, als er 1992 sein Unternehmen *Bancometropolitano Corp.* eröffnete, eine Tochterfirma seiner *Banco Metropolitano*. Mit *Bancometropolitano Corp.* wollte Alvarado an die "Remesas" (Geldsendungen in die Heimat) guatemaltekischer MigrantInnen in den USA herankommen. Das Unternehmen verfüge jedoch nicht über die rechtlichen Voraussetzungen, um 'Remesas' zu verwalten, heisst es in der Anklageschrift. Damit ist das letzte noch rentable Unternehmen Alvarados ebenfalls vom Konkurs bedroht.

### Infostelle Online

Die Infostelle Guatemala ist nun auch im Netz präsent:

[www.infostelle-guatemala.de](http://www.infostelle-guatemala.de)